

Weiterbeförderung mitgegeben zu haben. Das Gericht erkannte auf Freisprechung.

Rheinland-Westfalen.

* Essen (Ruhr), 8. Febr. Ueber einen wegen Raubmordes verurteilten Mann, der im vorigen Jahre verurteilt wurde, in die Kassenräume der hiesigen Berginspektion abgeführt, wird folgendes gemeldet: Der Mann wurde am 5. Febr. auf einen Geldtransport, der von dem Gebäude der Berginspektion nach der Zeche Rheinbaben erfolgte, ausgeführt. Ein Jagdwagen mit vier Schichtmeistern, die den zur Abfuhr des Geldes bestimmten Geldtransport von rund 180 000 Mk. in vier Geldkisten mit sich führten, wurde auf der Landstraße von acht bis zehn aus dem Walde hervorbrechenden Männern angehalten. Die Berginspektoren hatten zuvor über die Landstraße Stadteinsatz geschickt, um die Pferde des Wagens zu Fall zu bringen. Diese Absicht wurde aber dadurch teilweise vereitelt, daß schon der erste Frühwagen der elektrischen Straßenbahn vor dem Geldtransport an das Hindernis heranfuhr. Da von dem Mann des Überfalls auf den Geldtransport etwas durchgefallen war, waren auch schon frühzeitig zwei Gendarmen zur Stelle, die im Verein mit den Inspektoren des Wagens den Angriff der Mörder abwehrten. Nachdem eine Anzahl von Revolverkugeln gewechselt worden waren, die von den Gendarmen und Wageninsassen niemand verletzte, rückten die Mörder und entkamen in der Dunkelheit. Abends wurden zwei Verhaftungen vorgenommen; die Festgenommenen sind Verleumdung, die auf den Mörder geschuldet in Arbeit stehen.

* Köln, 7. Febr. Heute legten zum ersten Male vier Damenstewardessen vor der Handwerkskammer die Meisterprüfung ab; alle bestanden mit sehr gut.

* Bonn, 7. Febr. In Schiefen bei Eitorf warf eine Frau unvorsichtigerweise einen stark mit Petroleum getränkten Zappeln ins Feuer. Es schlug eine große Flamme aus dem Ofen, die Mörder der Frau sahen Feuer und verbrannten ihr im Leibe. An den Verletzungen starb die Frau einige Stunden später.

* Kreuznach, 7. Febr. Im Dorfe Ebernburg fand ein Einwohner beim Aufräumen bei seinem Hause etwa einen Meter tief in der Erde ein Skelett eines Mannes, der mindestens 1,90 Meter groß gewesen sein muß. Verletzungen waren nicht zu bemerken.

Vermischtes.

* Amerikanische Erziehung und Selbstständigkeit. Ein ruhig abwägendes Urteil über diese erörterte Frage fällt im „Barbarus“ ein Kenner der Verhältnisse, Vater Kirch, indem er schreibt: „Wohl die meisten europäischen Beobachter werden es lebhaft bedauern, daß die zu große Selbstständigkeit der hiesigen Jugend unüberschaubare Schäden anrichtet bei dem sonst trefflich veranlagten amerikanischen Kinde. In dem jungen unverbildeten Amerikaner liegt dem Erzieher ausgezeichneter Material vor. Der „American Boy“ ist reich in feiner Auffassung, ist dem Wettstreit und dem Ehrgeiz in außerordentlichem Grade zugänglich, ist früh entwickelt, zeigt Interesse für alle Wissenszweige, ist von demokratischem Wohlwollen gegen alle erfüllt, begeistert sich für gesunde Sport und zeigt aufrichtige Neugier, wenn man ihn eines Fehlers überführt. Indes, was vielen Patrioten nicht recht einleuchtet, will, hat die Erbfeinde mit ihren Folgen auch die Jugend Amerikas heimgeführt. Der amerikanische Knabe ist vielfach nicht ausdauernd; dann ist er oberflächlich, nicht gründlich wie der deutsche — auch in der Erziehung geht in Amerika mit vollem Dampf; ferner ist er den Sprachwissenschaften und den formellen Bildungsformen weniger hold als den im Gegenlag, praktischen und unmittelbaren nützlichen Wissenszweigen; endlich ist er, was wohl die größte Gefahr bedeutet für eine erfolgreiche Erziehung, zu sehr erfüllt von dem Gefühl seiner angeerbten Rechte, die er als unabhängiger Amerikaner besitzt. Also ist es ein Mißgriff, amerikanische Erzieher gewesen, diese Selbstständigkeit noch zu züchten, ohne die Jugend daran zu gewöhnen, sich der rechtmäßigen Autorität zu beugen.“

* Das Heil der Dicken. Das tiefsche Heer der Dicken, die mit der allzu üppigen Entfaltung ihrer Körperformen in der Tiefe ihres Gemütes nicht einverstanden sind und voll Leid auf ihre schlanken Mitmenschen blicken, mag neue Hoffnung schöpfen. Das alte Rezept für die Wohlbeleibten, das da lautet: „Früh aufstehen, wenig essen, spät schlafen gehen, viel arbeiten, viel Aerger“, hat nie viel Anhang gefunden und wenig folgsame Jünger. Denn die Dicken sind in allen körperlichen Dingen gern Pflanzmäler und Stoßer. Ja, wenn es eine Maschine gäbe, um schlant zu werden! Die Jodels haben längst eine wirksame Entfaltungskur erfunden: sie lassen sich in wollene Decken einwickeln und vor einem großen Feuer stehen. Über dies Verfahren hat seine Schattenseiten und wird von allen echten Dicken voll Empörung abgelehnt. Nun willt ihnen, so verrät eine französische Zeitschrift, das Heil. Sie brauchen keine Anstrengungen mehr zu machen, kein Aufwand von Willen ist notwendig, bequem im Gefell liegend können sie schlant werden wie eine Tanne. Das Zauberwort besteht in der Entfaltungsmaschine, mit der sich gegenwärtig die Pariser Modisten für Chemie beschäftigen. Das Verfahren besteht in einer einfachen Elektrifizierung, die eine starke Massage der Muskeln hervorbringt und so nach regelmäßigem Gebrauch mit der Zeit die überflüssigen Fettbildungen des Körpers beseitigt.

* Der alkoholfreie Patriot. Ein sehr brülliges Vorkommnis ereignete sich, wie aus Leipzig gemeldet wird, anlässlich der Feier des Geburtstages des Kaisers in Heiligenstadt. Dort war vor kurzer Zeit ein Einwohner, der übrigens in seinem Hause sehr tüchtig sein soll, von der Polizeibehörde öffentlich als Trunkenbold erklärt worden und den Wirten war es verboten, ihm geistige Getränke zu verabreichen. Am Tage vor

Kaisergeburtstag richtete der also öffentlich Gebrandmarkt ein Gefuch an die Polizeiverwaltung, indem er bat, daß man ihn doch für Kaisers Geburtstage von diesem Gebot dispensiere, damit er in der Lage sei, den Geburtstag des Kaisers in der üblichen Weise mitzufeiern; er fügte hinzu, die jetzigen hohen Milchpreise schreien ihn ob, zu diesem alkoholfreien Getränk überzugehen und er habe es auch nicht für angemessen, das Wohl Seiner Majestät in diesem unkommentarischen Stoffe auszubringen. Die Polizeiverwaltung hatte tatsächlich ein Einsehen und erteilte ihm für Kaisers Geburtstag Dispens. Vermutlich hat der Mann von dieser Erlaubnis auch ausgiebigen Gebrauch gemacht.

* Radium im Morgentau. Der Weltwert der Kneiptur, die einst dem Erfinder so viele Anhänger brachte, erfährt jetzt durch die Wissenschaft eine neue Beleuchtung, die dem Pärer Kneiptur Recht gibt, wenn er seinen Patienten riet, am frühen Morgen durch Wald und Wiese zu gehen. Professor Negro von der Universität Wologda hat festgestellt, daß der Morgentau erhebliche Mengen von Radioaktivität enthält. Er hat abends Glasplatten ausgelegt, die er früh morgens, wenn sie vom Tau befeuchtet waren, untersuchte, und dabei zeigte sich, daß die Glasplatten auf der der Sonne zugekehrten Seite eine starke Radioaktivität erhalten hatten. Bringt man die Platten aus dem Sonnenlicht, so steigt die Radioaktivität und verschwindet dann etwa nach Ablauf einer Stunde. Der Gelehrte setzt seine Forschungen fort; er glaubt, die Erscheinung durch den magnetischen Einfluß der oberen Erdschichten auf die Tautropfen erklären zu können. Die Kneiptur, die am Morgen häufig spazieren gingen, verloren also keineswegs ihre Zeit, aus der Berührung mit den taubeneigten Gräsern und Sträuchern nahmen sie Radiumwirkungen in ihren Körper auf, die auf den Organismus wohl günstig einwirken können.

Telegraphische Depeschen der Neuss-Grevenbroicher Zeitung.

Kleine politische Nachrichten.

— Der Kaiser ist leicht erkrankt und wird deshalb an den Hofgesellschaften nicht teilnehmen. Es handelt sich keineswegs um irgend eine ernste Erkrankung.

— Im April geht das Kaiserpaar zur Kur nach Wiesbaden.

— Die Vorrede. Hg. Hg. schreibt: In der Presse sind Gerüchte über einen bevorstehenden Besuch des Kaisers beim Papst verbreitet. Wir möchten demgegenüber bemerken, daß, wie in früheren Jahren, ein Aufenthalt auf Korsu geplant ist. Die an die Reise geknüpften weiteren Kombinationen sind unzutreffend.

— Bei dem gestrigen Fußball führte Prinz Heinrich die Kaiserin. Die Prinzen beteiligten sich lebhaft am Tanz. Um 11 Uhr wurde der Ball in üblicher Weise durch ein Souper unterbrochen.

— Der Landwirtschaftsminister wird bei der Beratung des Aufhebungsgesetzes im Landtag eingehend die Gründe darlegen, die die Regierung veranlassen haben, das Entschuldigungsrecht vorläufig nicht zur Anwendung zu bringen. Die Denkschrift der Landwirtschaftskommission geht dem Landtag Ende dieses Monats zu.

— Die vom Reichsjustizamt einberufene Kommission zur Umarbeitung des Vorentwurfs zu einem deutschen Strafgesetzbuch wird im Monat März in Berlin zusammentreten.

Geheime Stadtratswahlen. Die Abgeordneten Marx und Genossen haben mit Unterstützung der Zentrumsfraktion im Abgeordnetenhaus den Antrag gestellt, die Regierung zu ersuchen, eine Vorlage einzubringen, durch die die geheime Wahl bei Stadtverordnetenwahlen zur Einführung gelangt.

* Paris, 8. Febr. Einem im Kolonialministerium eingetragenen Kabeltelegramm zufolge wütete auf der Insel La Reunion ein heftiger Zyklon, der drei Tage und zwei Nächte anhielt. Eine Schätzung des Schadens ist unmöglich, da sämtliche Verbindungen unterbrochen sind.

Teheran, 8. Febr. Der Witz des Regenten soll sich heute ohne jede Eindrückung.

Araberkämpfe.

* Saloniki, 8. Febr. Die im Yemen eingetroffenen Verhaftungen vom ersten und zweiten Korps sind drei Stunden vor Sobeida auf Araber gestossen. Nach einem heftigen Kampf zogen sich die Araber mit einem Verlust von 150 Mann einige Stunden weit zurück. Die Truppen hatten 50 Tote und Verwundete.

Aus den Bezirken Damaskus und Jerusalem werden Angriffe von Beduinen auf türkische Militär gemeldet. Sofort wurde energische Verfolgung aufgenommen, wobei die Beduinen namhafte Verluste erlitten.

Eine Dynamitexplosion bei einem Kriegerversammler.

Die Morgenblätter melden: Bei einem von dem Kriegerversammler in Dichtonow in Oberösterreich veranstalteten Winterfest erfolgte plötzlich gegen Mitternacht vor den Saalfenstern eine furchtbare Explosion. Die Fenster gingen in Trümmer. Im Saal begann es zu brennen. Von der Decke stürzte sich eine wilde Panik, alle stürzten dem Ausgang zu. Einige Personen erlitten Verletzungen. Nach dem Breslauer Generalanzeiger neigt die Behörde zu der Ansicht, daß es sich um einen Unfallschuss mit politischem Hintergrund handele. Der Täter hat sich wahrscheinlich einer Dynamitpatrone bedient.

Schneefälle.

* Graubünden, 8. Febr. In ganz Westpreußen gingen heftige Schneefälle nieder. Der Schnee liegt stellenweise einen Meter hoch und verursacht viele Verkehrsstörungen.

Typhus.

* Kiel, 8. Febr. Bei dem in Rendsburg liegenden Artillerieregiment Nr. 45 ist der Typhus

ausgebrochen. 20 Soldaten sind erkrankt, zwei bereits gestorben.

Eine unnatürliche Mutter.

* Danaburg, 8. Febr. Auf dem nahegelegenen Gute des Arztes Pryskanowski erkrankten auf unerklärliche Weise die Schweine. Später stellte sich heraus, daß eine Frau ihr Kind mit Arsenit vergiftet und die Leiche den Schweinen vorgeworfen hatte.

Best.

(Petersburg, 9. Febr. In der Entleerungszone der Nischineschen Bahn sind seit dem Ausbruch der Pest am 26. Oktober 1910 bis zum 4. Januar 1911 1902 Chinesen und 44 Europäer erkrankt und 1192 Chinesen und 40 Europäer gestorben.

Letzte unpolitische Post.

* Girsberg, 8. Febr. In Langwieser wurde letzte Nacht die Handelsfrau Siebenacher und deren Schwester in einem Kramladen ermordet. Die Leiche der Handelsfrau wurde mit zertrümmertem Schädel im Brunnen, die Leiche der Schwester im Laden selbst gefunden. Der schwerverletzte Mann der Siebenacher schloß während der Tat im Obergeschoß und hörte nichts. Die Bekannte des Hauses wurden durchwühlt und ausgeraubt. Von dem Täter fehlt jede Spur.

* Großes Aufsehen erregt in der Berliner amerikanischen Kolonie das Verschwinden einer jungen Amerikanerin. Die junge Dame heißt Margarete Damm und wohnte in einer Pension, die sie am 24. Januar früh morgens 5 Uhr verließ. Seitdem hat man nichts mehr von ihr gehört. Die Verschwindende, die in Berlin Musik studierte, ist ungefähr 23 Jahre alt und eine begabte Klavierkünstlerin und Sängerin.

— Das von der Polizei dieser Tage verhinderte Duell zwischen dem jungen Aug. Thymen und seinem Generalanwalt Dr. Borchard fand heute in der Nähe Berlins statt. Beide Gegner blieben unverletzt.

* Kopenhagen, 8. Febr. Aus Kjöbenhavn wird gemeldet: Ein verheerendes Schandfeuer wütet seit heute früh 7½ Uhr in dem auch vielen deutschen Touristen bekannten Fischerstädtchen Guldjens und droht, die ganze Stadt in Asche zu legen. Bis jetzt sind neun Häuser total niedergebrannt. Der große alte Guldjens steht in Flammen. Das Rathaus, das Postgebäude und das Hotel der Stadt sind so stark bedroht, daß sie als verloren gelten.

* London, 8. Febr. Heute früh unternahmen Polizeimannschaften, von denen eine große Anzahl mit Revolvern bewaffnet war, eine unvorhergesehene Absperzung bestimmter Straßen des Ostens Londons. Fast schien es, als ob es wieder zu einer Belagerung wie in der Strandstraße kommen werde. Jedoch wurden die Polizeimannschaften gegen drei Uhr zurückgezogen, nachdem ein junger Mann, sowie eine Frau verhaftet waren, nach der seit Ende Dezember 1910 in Zusammenhang mit dem Wobch-Schandaal eine Furcht worden war.

* Chelmsze (Russisch-Polen), 8. Febr. Gestern nacht erschossen Unbekannte einen sie verfolgenden Polizeibeamten. Auf der Flucht warfen sie eine Bombe, durch deren Explosion eine Person getötet und vier verwundet wurden. Ein des Bombenwerfers verdächtiger Verdächtigter liegt im Krankenhaus.

* Sebastopol, 8. Febr. Eine Fischerbarke ist vom Sturm ins Meer getrieben worden; acht Personen sind ertrunken.

Von der Mattenbekämpfung.

Die vom Lord Mayor in die Guld Hall einberufene öffentliche Versammlung zur Bekämpfung der Mattenplage litt nach der Tagesunter der gleichzeitigen Eröffnung des Parlamentes. Und ihr einstimmig angenommener Beschlusstraktat, der den indischen Verkaufsschutz mit der genauen Prüfung der Angelegenheit und Vorschlägen für die Vernichtung der Matten beauftragt, klingt nicht sehr vertrauenswürdig. Denn während zugegeben wurde, daß ein Teil der Matten nördlich von London verfeuert seien, sprach Prof. Nuttal es offen aus, daß man kein Mittel besitze, die Matten mit ihrer Brut vollständig auszuwischen. Was der Mattenpest selber nie gelunge, werde man mit künstlichen Giften noch viel weniger fertig bringen. Die Amerikaner hätten es schon vergeblich versucht. Der feste Schutz sei eine rationellere Bauart, die er durch Bauaufsichtern aus Hergelege. Die werde durch Entziehung der Nahrung die Matten zum Auswandern nötigen. Das ist allerdings gegenüber der Tatsache, daß sich die Matten von den Abzugskanälen, den Londoner Docks usw. schlechterdings nicht fernhalten lassen, keine erfreuliche Aussicht für die heiße Jahreszeit.

Humoristisches.

— Verloren d. Ein eben aus Indien zurückkehrender Naturforscher wünscht einen jungen Tiger zu verkaufen. Das Tier ist schön gefleckt und sehr gehorsam; frisst alles und hat namentlich Kinder sehr gern.

— Berwets. Lehrer: „Meher, warum hast Du mich gestern auf der Straße nicht gegrüßt?“ — „Berweihen Sie, Herr Professor, ich habe Sie nicht gesehen; ich bin sehr kurzichtig.“ — Lehrer: „Dann hättest Du dich an mich herangehen sollen.“

Wetter-Aussichten.

Wetter-Prognose für den 10. Februar. Wechselnd bewölkt, Frostwetter. Witterungs-Beobachtungen vom 8. Februar. Höchste Tagestemperatur: 5 Grad über Null. Tiefste Nachttemperatur: 2 Grad unter Null. Heute morgen 8 Uhr 2 Grad unter Null. Das Barometer ist 1 Millimeter gesunken.

Handel und Verkehr.

Schiffs-Nachrichten.

Angekommen am 8. Febr.: Schiff „Morgenster“, Schiffer van Waade, mit Siltgut von Antwerpen. Schiff „God Vertrauen“, Schiffer A. v. d. Meulen, mit Kapsaat von Antwerpen. Schiff „Gelen“, Schiffer W. Bötter, mit Zement von Bielefeld. Abgegangen am 8. Febr.: Schiff „Woban“, Schiffer Mallinghoff, mit Kohlen nach Mannheim. Boot „Perseus“, Kapitän Cassen, mit Maschinen nach Rio.

Tägliche Fruchtpreise zu Neuss vom 9. Februar.

	m. Pf.
Neuss 100 Kilo 1. Qualität	19 80
Weizen 1	18 30
Neuss 100 Kilo 1. Qualität	14 60
Woggen 1	13 60
Hafser 100 Kilo 1. Qualität	14 80
2.	13 80
Cartoffeln 50 Kilo	3 30—3 70
Gerst 50 Kilo	2 70—3 30
Augetrocknet 50 Kilo	3 70—4 20
Krummstroh 500 Kilo	M. 16 —
Weidenstroh 500 Kilo	18 —
Butter per Kilo	2 60
Eier (100 Stück)	12 —

An heutigen Getreidemärkten blieben die Preise sämtlicher Fruchtgattungen unverändert.

Preisnotierungen der Neuss-Müller.

	m. Pf.
Müßel 100 Kilo in Partien v. 100 Ctr. (ohne Fass)	61 —
Müßel 100 Kilo schwebend (ohne Fass)	63 —
Gewaschtes Müßel 3 Markt mehr	—
Müßel 1000 Kilo große waggeweiße	80 —
kleine	84 —
Müßel und Rüben unverändert	5 50

Seide und Baumwoll.

Krefeld, 7. Febr. Seide. (Betrieb der Seiden- und Baumwollfabrik.) Eingeliefert 20 Pzn., 1435 Kilogr., vom 1. bis 6. Febr. 123 Pzn., 8917 Kilogr., zusammen 143 Pzn., 10352 Kilogr.

Bremen, 8. Febr. Baumwoll. Upland middl, 74 1/4 Cents.

Wasserstands-Nachrichten.

Neuss, 8. Febr. Rheinhöhe 1,65—0,03 Meter. Trier, 8. Febr. Moselhöhe 0,81—0,05 Meter.

Bestellungen

auf die

Neuss-Grevenbroicher Zeitung

Können noch stets bei allen Postanstalten, Briefträgern, unsern Agenturen, Woten, wie in unserer Geschäftsstelle gemacht werden.

Die Augen offen,

wenn Sie annorieren. Benutzen Sie nur eine Zeitung, welche Ihnen infolge ihrer Verbreitung einen Insertions-Erfolg garantiert. Für die Kreise Neuss und Grevenbroich ist dies unstreitig die Neuss-Grevenbroicher Zeitung.

Zweites Zimmer

sofort zu vermieten. Dörfelstraße 97.

Zuchtgeflügel. Bräutler, tragbare Ställe, Geräte etc. Katalog gratis. Geflügelhof, Mergentheim 250.

Der geehrten Kundschaft von Neuss und Umgegend sowie meinen lieben Gönnern zur gefälligen Nachricht, dass ich das von meinem seligen Gatten geführte Geschäft in unveränderter Weise fortführen werde.

Hieran knüpfe ich die Bitte, das Vertrauen, welches sie meinem unvergesslichen Gatten in so hohem Masse zuteil werden liessen, auch auf mich fernerhin zu übertragen.

Hochachtungsvoll

Frau Heinr. Hillebrecht,
mod. Blumenbinderei, Landschaftsgärtnerei
und Samenhandlung,
Telephon 305. Crefelderstrasse 34. Telephon 305.

Neu-Gröbenbroicher Zeitung

Telephon Nr. 53.

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neu- und Gröbenbroich

Telephon Nr. 53.

Die Neu-Gröbenbroicher Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Als Gratisbeigabe ist das Unterhaltungsblatt „Der Hausfreund“ das 51. Quirinusblatt. — Preis pro Quartal in Neu-Gröbenbroich 1.50. Das illustrierte Sonntagsblatt wird den Abonnenten gegen einen Mehrbetrag von 15 Pfg. pro Quartal beigegeben. — Die Zeitung kann auch pro Monat à 50 Pfg. abonniert werden.



Inserate finden durch die Neu-Gröbenbroicher Zeitung die weitestweite Verbreitung und haben bei dem kauftüchtigen Lesepublikum unseres Blattes die beste Wirkung. Preis für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., außerhalb der Kreise Neu- u. Gröbenbroich 20 Pfg., für die viergespaltige Zeile 10 Pfg., für die zweigespaltige Zeile 5 Pfg. Anzeigen erbeten an die Expedition bis 7 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Annoncenannahme durch alle benannten Annoncen-Expeditionen. Expedition: Neu-Gröbenbroich 46.

Nr. 69.

Redaktion: Jol. Grünau.

Donnerstag, den 9. Februar 1911. (Apollonia, Cyrillus v. Mex.)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft f. Buchdruckerei, Neu-

38. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

Stimmungsbild.

— Berlin, 8. Februar.

Die Reichstags-Debatte war auch heute nicht aus der Debatte verschwunden. Zu Hof scheint Genosse Wolfgang Dittmer auf seinen Verteidiger in diesem Kriminalfall zu sein, als daß er einen Tag der Diskussion über das Gerichtsverfassungsgesetz vorübergehen lassen wollte, ohne das längere auf diese Materie einzugehen. Heute geriet er, ohne daß sich eine Klarstellung ergab, mit dem Generalstaatsanwalt Supper in eine erregte Auseinandersetzung darüber, ob damals die Reichstagskammer durch Zufall oder aus Absicht mit der Forderung des Aufrechterhaltens betraut worden sei. Um die Meinungsverschiedenheit des Zufalls in solchen Fällen sicherzustellen, beantragte er, daß die Unabhängigkeit der Reichstagskammer nach den Anfangsbuchstaben des Namens des Angeklagten und bei mehreren Angeklagten nach den Anfangsbuchstaben des ältesten Angeklagten bestimmt werden soll. Natürlich blieben die Schattenseiten eines so mechanischen Verfahrens nicht unausgesprochen, und die Mehrheit entschied sich gegen den Antrag. Nachdem man alsdann auch die „grünen“ Abgeordneten aus den Reichstagskammern ebenso ausgesprochen hatte wie gestern aus den Schöffengerichten, begann der Streit um das Schwurgericht, dieser Prinzipienkampf, der heute den Rest der Sitzung aufschob und noch häufig im Laufe dieser Beratungen entbrennen wird. Bekanntlich fällt bei den Schwurgerichten lediglich die Richterwahl dem Schöffengericht anheim, während bei den Schöffengerichten das Urteil von einem aus Richter und gelehrten Richtern gebildeten Kollegium abgegeben wird. Nun gibt es sicherlich komplizierte Straffälle, in denen die Mitwirkung des gelehrten Richters bei der Urteilsfindung am Platze ist. Die Regierung hat eine Anzahl solcher Fälle aus dem Gebiet des Vermögensdelikten und der Bankrottverbrechen gemacht und für ihre Beurteilung künftig die Strafrichter anrufen. Dieses Vorgehen hielt die Mehrheit des Hauses für angebracht, während vor allem die Sozialdemokraten Stadthagen, Jirsch und Dittmer eine schwere Verletzung der Schwurgerichte überhand nehmen wollten und von einem allmählichen Abbau dieser Gerichte sprachen. Die Verprechung nahm einen ziemlich erregten Charakter an, und Abg. Dittmer wurde nachträglich mit einem Ordnungsruf bestraft, weil er dem Staatsanwalt im Eifer seiner Meinungsäußerung vor 15 Jahren den Vorwurf einer verächtlichen Sondierung gemacht hatte. Am Donnerstag wird sich die Debatte wohl vor allem um die Zustellung zum Schöffengericht, so um die der Volkschulgerichte drehen.

Sitzungsbericht.

122. Sitzung vom 8. Februar.

Am Tische des Bundesrates: Dr. Böck. Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.

Zweite Lesung des Gerichtsverfassungsgesetzes wird am dritten Tage fortgesetzt.

Die Abstimmung über den Antrag Dittmer (mündliche Verhandlung über die Geschäftsverteilung) bei dem geltend gemachten Widerspruch des Hauses schiedsamtlich wurde, wird heute wiederholt und ergibt keine Annahme.

Die Sozialdemokraten beantragen folgenden neuen Absatz in Parag. 62: Die Geschäftsverteilung muß so geregelt sein, daß die Zuständigkeit der Reichstagskammern nach den Anfangsbuchstaben des Namens der Angeklagten und bei mehreren Angeklagten nach dem Anfangsbuchstaben des ältesten Angeklagten bestimmt ist. Abgesehen ist der Zeitpunkt der Einreichung der Anklageschrift.

Abg. Dittmer (Soz.): Wir wollen durch diesen Antrag verbinden, daß in Zukunft Straftaten vor bestimmte Kammern nach der Mithilfe der Staatsanwaltschaft verteilt werden. Ich erinnere an die in den Vor Jahren berühmte Brausewetter-Kammer, die durch ihre unglaublich scharfen Urteile gegen Sozialdemokraten sich hervortat, bis sich dann herausstellte, daß der Vorliegende Brausewetter seit Jahren an Wagnis litt. In dem Reichstagsverfahren war die Reichstagskammer von der Staatsanwaltschaft ausgenommen worden, allerdings mit negativem Erfolge.

Ein Regierungskommissar. Selbstverständlich müssen bei der Geschäftsverteilung allgemeine Grundzüge maßgebend sein. Die im Antrag vorgeschlagene Reglementierung paßt aber nicht ins Gesetz hinein und würde das Verfahren schwerfällig machen.

Obg. Oberjustizrat Supper weist den Vorwurf zurück, daß die Staatsanwaltschaft gewisse Sachen an bestimmte Kammern zu verteilen bestrebt ist.

Abg. Dittmer (Soz.) hält seine Behauptung fest, daß in Mainz aufrege. Die Staatsanwaltschaft hätte den Schein der Schöpfung vermeiden müssen.

Obg. Oberjustizrat Supper: Ich erkläre auf das Bestimmte, daß im Reichstagsfall lediglich die Sache, die zuerst aus der Voruntersuchung kam, für die Zustellung an die Reichstagskammer entscheidend war.

Abg. Dr. Dittmer (Soz.): Wegen eines vereinbarten Falles das Gesetz zu ändern, ist sehr bedenklich. Wir sind gegen den Antrag.

Abg. Dittmer (Soz.): Was wir in Preußen erleben und erlebt haben, das raubt uns jedes Vertrauen zur Justiz.

Nach weiteren Auseinandersetzungen zwischen dem Abg. Dr. Dittmer und dem Generalstaatsanwalt Supper wird der Antrag abgelehnt.

Abg. Stadthagen (Soz.) beantragt, in Parag. 69 festzusetzen, daß die richterlichen Geschäfte an den Landgerichten in Straftaten nur von ständig angestellten Richtern wahrgenommen werden dürfen.

Abg. Dr. Müller (Soz.) empfiehlt einen weiteren Antrag, wonach das Amt eines Staatsanwalter mündlich über die Angelegenheiten nur von einem ständig angestellten Richter wahrgenommen werden darf. Die abgesehenen Absichten würden damit ausgeschlossen werden.

Staatssekretär Dr. Böck spricht sich gegen beide Anträge aus.

Die Abg. Dr. Müller (Soz.) und Dittmer (Soz.) und Wasserburg (Soz.) treten für den Antrag ein.

Abg. Stadthagen (Soz.): Mit Rücksicht auf die Beschaffenheit, die wir bezüglich der Befugnis der Schöffengerichte gehabt haben, ist die Annahme des Antrages Müller notwendig.

Der Antrag Müller-Meiningen wird angenommen.

Parag. 73 betrifft die Zuständigkeit der Reichstagskammern.

Ein sozialdemokratischer Antrag und Abg. Stadthagen (Soz.) tritt für den Antrag ein.

Abg. Stadthagen (Soz.): Die liberale Errungenschaft der Schwurgerichte sollten wir uns gerade in dem gegenwärtigen Moment nicht schmälern lassen. Wir sollten nicht diesen ersten Schritt auf dem abschüssigen Gebiete der Einschränkung der Zuständigkeit der Schwurgerichte tun. (Beifall links.)

Oberlandesgerichtsrat Dr. Schulz: Wir haben hier nur eine unannehme Karte von den Schwurgerichten an uns, und wollen die Schwurgerichte in der heutigen Verfassung durchaus beibehalten. Es sollen nur einige Fälle von der Zuständigkeit der Schwurgerichte abgetrennt werden, die sich nicht für das Schwurgericht eignen.

Abg. Stadthagen (Soz.): Die auf die gesetzlichen Delikte gestrichen Strafen sind nicht so hoch, daß der große schwurgerichterliche Apparat deshalb in Bewegung gesetzt werden müßte.

Abg. Dittmer (Soz.): Die Freundschaft der verbündeten Regierungen gegenüber den Schwurgerichten ist die, bei der man sagt, daß man sich „um Freies hier habe“. Deshalb ist hier alle Vorsicht geboten.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Schulz: Die Erklärung, daß wir Freunde der Schwurgerichte sind, habe ich oben schon abgegeben.

Abg. Stadthagen (Soz.): Die Kommission, in der unsere Richter sitzen, ist durchaus nicht für die Abschaffung der Schwurgerichte eingetreten.

Abg. Wasserburg (Soz.): Auch die Freunde der Schwurgerichte sollten bedenken, daß die einschlägigen Tatsachen den Schwurgerichten abzunehmen, da solche Dinge, insbesondere bei bürgerlichen Delikten, die gewöhnlich sind, sich viel in freier Luft zu bewegen, wenn menschliches Interesse mitspielt.

Abg. Stadthagen (Soz.): Ich bekenne mich zu dem, was ich heute gesagt habe. Die auf die gesetzlichen Delikte gestrichen Strafen sind nicht so hoch, daß der große schwurgerichterliche Apparat deshalb in Bewegung gesetzt werden müßte.

mord kann man nicht zum Schaden der Schwurgerichte ausgliedern. Wenn aus den damaligen Schwurgerichten wurden abstrakte Klassenrichter ausgewählt, die sich von den gelehrten Richtern anstreben lassen. Die Institution der Schwurgerichte ist durchaus gerettet. Herr Graf, Sie widersprechen ja vollkommen Ihrem Parteiprogramm.

Abg. Graf (Soz.): Ich habe nur meine eigene Ansicht wiedergegeben, nicht die meiner politischen Freunde. (Lärm, Rufen.) Ueber germanische Fragen lasse ich mich nicht von Herrn Stadthagen belehren. Lediglich ist die Einrichtung der Schwurgerichte so wenig deutsch wie Herr Stadthagen. (Beifall links.)

Abg. Stadthagen (Soz.): Ich bin ein warmer Anhänger der Schwurgerichte und Geschworenengerichte und bin gegen jede Einschränkung ihrer Zuständigkeit. Aber diese scharfe Kritik an den deutschen Richtern war verfehlt. Der ganze deutsche Richterstand hat ein Recht darauf, daß das hier ausgesprochen wird. (Beifall.)

Präsident Graf Schwerin-Löwitz ruft den Abg. Dittmer (Soz.) wegen des Ausbruchs „verbrecherisch“ in Bezug auf den Eifer des Prozeß nachträglich zur Ordnung. (Beifall rechts.)

Es bleibt bei den Kommissionsbeschlüssen. Weiterberatung Donnerstag 1 Uhr. Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Stimmungsbild.

— Berlin, 8. Februar.

Ueber eine Stimmung kann man nicht gut berichten, weil keine vorhanden war. Die Beratungen über das Zweiverbandsgesetz Grob- u. Neu-Gröbenbroich waren allerdings alles andere als erregend, das Haus in Stimmung zu versetzen. Richter und Verordneter wurde auf allen Seiten des Hauses die Debatte geführt, die draußen im Lande nicht viel Interesse wecken kann, weil sie lediglich Berlin und seine Vororte angeht. Die Redner der Konfessionsparteien, des Centrums, der Nationalliberalen und Freireligiösen äußerten sich durchweg zugunsten der Vorlage, von der man in der Tat sagen kann: Ja, kommt sie, doch sie kommt. Der Minister des Innern v. Dallwitz konstatierte die Harmonie der Parteien mit Genugtuung, die den Weg für die Kommissionsberatung ebnete, welche in der nächsten Sitzung am Freitag aller Wahrscheinlichkeit nach beschließen werden wird.

Sitzungsbericht.

22. Sitzung vom 8. Februar.

Am Ministertisch: v. Dallwitz, v. Falkenhayn, Freytag.

Präsident v. Kröner eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Erste Lesung des Zweiverbandsgesetzes für Grob- u. Neu-Gröbenbroich.

Minister v. Dallwitz: Bei der Ausarbeitung des Zweiverbandsgesetzes über die Zweiverbände war zu bedenken, ob es nicht angezeigt sei, in dieses Gesetz Bestimmungen hineinzuarbeiten, die auch ausstehende Verbände zur Bildung eines Zweiverbandes von Grob- u. Neu-Gröbenbroich gewähren könnten. Dieser Weg hat sich als nicht gangbar erwiesen. Die Staatsregierung war daher auf den Weg der Sozialgesetzgebung angewiesen. Der Versuch ist nicht gelungen. Im Jahre 1902 hat der damalige Minister eine allgemeine Einverleibung der Vororte in die Stadt Berlin im großen Stile angestrebt. Dies wurde jedoch vom Magistrat Berlin abgelehnt, während er dazu bereit war, eine verhältnismäßig kleinere Grenzregulierung vorzunehmen. Heute bei der fröhlichen Entwicklung der Vororte bleibt nur noch der Weg der Gründung eines Zweiverbandes übrig, wenn die dringenden gemeinsamen Aufgaben einheitlich geregelt werden sollen. Die Stadt Berlin hat auch schon vor Jahren Verhandlungen mit den Vororten zwecks Gründung eines Zweiverbandes eingeleitet, aber ohne Erfolg. Jetzt soll auf dem Wege der Gesetzgebung erreicht werden, was in freier Vereinbarung nicht zu erreichen war. Ähnliche Vorläufe ist aber bei diesem gesetzgeberischen Eingreifen geboten. Daher werden dem Zweiverband nur solche Aufgaben zugewiesen, die tatsächlich für eine einheitliche Verwaltung reif sind. Hierzu gehören: die öffentlichen Verkehrswege, der Wasserbau, die Erhaltung von freien Wäldern und die Baupolizei. Die Organisation des Zweiverbandes ist in allen wesentlichen Punkten der Organisation der Provinzialverbände nachgebildet. Das Bedenken gegen das Gesetz laut werden werden, ist bei dem scharfen Widerstreit der Interessen durchaus verständlich. Aber von einer Verfestigung der freien Selbstverwaltung kann nicht die Rede sein, es ist denn, daß man darunter kommunalen Egoismus und Partikularismus versteht. Gewisse Zuständigkeiten sollen und müssen die Gemeinden abtreten, wenn überhaupt ein Zweiverband zustande kommen soll, aber nicht zugunsten des Staates. Die Vollständigkeit dieser Einwände läßt mich auf eine gezielte Weiterberatung des Gesetzes hier im Hause hoffen. Es wird dann zum freundschaftlichen und erhellenden Zusammenwirken aller Beteiligten anzuregen. (Beifall.)

Abg. v. Brandenstein (Soz.): Der Minister verdient Anerkennung dafür, daß er logisch nach Übernahme seines Amtes an das schwierige Problem einer Regelung der Stellung Grob- u. Neu-Gröbenbroichs herangetreten ist, und zwar nicht nur mit Erwägungen, sondern mit positiven greifbaren Vorschlägen. Anders als durch Gesetz ist die Sache nicht zu regeln. Die Kreise müssen unbedingt als Ganzes in den Verband einbezogen werden, wenn auch theoretisch dagegen Bedenken bestehen. Es wird zu erwägen sein, ob es nicht nötig ist, die Schulaufsicht auf den Verband zu übertragen.

Abg. Ling (Soz.) nimmt dem Gesetzentwurf im allgemeinen zu. Er kommt dabei auch auf das Armenwesen zu sprechen und gebietet der verdienten Tätigkeit des verstorbenen Stadtrats Müllers. Auf diesem Gebiete weit über Berlin hinaus. Die einheitliche Regelung der Verkehrsangelegenheiten und des Vermögens der Straßenbahn wird nicht leicht sein.

Minister v. Dallwitz: In der Frage der Schulaufsicht wegen der verschiedenen Verträge mit der Straßenbahn sammeln wir noch Material für die Kommissionsberatung.

Abg. Dr. Reil (Soz.): Ein Volksland ist unheimlich vorhanden. Der Redner demonstriert das Gebiet des Zweiverbandes an einer Karte, auf der Berlin „natürlich ganz zufällig“ rot angesetzt ist. (Beifall.) Angeblich werden hier Dörfer und Flüßchen zusammengepackt. Welche Rolle soll hierbei die Berliner in ihrer bekannten Weisheit spielen? Ich weiß nicht. (Beifall links.)

Man soll doch von den Nachbarorten nur das dazu nehmen, was wirtschaftlich zu Berlin gehört. Man nimmt die Kreise nur herein wegen der Berliner Vororte. Diese aber petitionieren um selbständige Teilnahme und wollen nicht die Verwaltung durch die Kreise. Jedenfalls muß Berlin ganz anders behandelt werden. Wir werden das Gesetz wohlwollend prüfen. (Beifall bei dem Redner.)

Abg. Cassel (Soz.): Vor allem ist zu bedenken, daß vor Unterzeichnung des Entwurfs die beteiligten Gemeinden trotz ihres Erwerbs nicht gehört wurden. Das Wachstum der Sozialdemokratie nicht nur in Berlin, sondern in Grob- u. Neu-Gröbenbroich war wohl von großem Einfluß für die Entscheidung der Staatsregierung. Ich vermute, daß das Gesetz deshalb so schnell fertiggestellt wurde, weil der Fiskus ein möglichst vorteilhaftes Geschäft dabei machen wollte. Und der Fiskus hat auch in manchen Ministerialräten ganz geübte Kaufleute. „Fiskus non crubescit“ gilt auch heute noch. Es liegt dem Fiskus wohl daran, die in seinem Besitz befindlichen Grundstücke innerhalb des Zweiverbandsgebietes möglichst vorteilhaft anzulegen. Auf die Verkehrsverhältnisse von Berlin ist die Entscheidung des Reichstages der Großen Straßenbahn, die durch Minister v. Thielen hinter dem Rücken der Stadt Berlin erfolgte, von nachteiligem Einfluß. Freundschaft ist die allgemeine Zustimmung aller Parteien zu dem Entwurf. (Abg. Dittmer.) Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben! Zur Zusammenfassung der Zweiverbandsverhandlung kann man Wahlverbände bilden; die Wahl der Vertreter ist aber nicht den Freireligiösen, sondern den einzelnen Gemeinden anzuvertrauen. Es ist daher sehr darauf zu achten, daß der Verband nicht eine Kampfanstalt wird. Gerechtigkeit und Billigkeit müssen die obersten Grundsätze des Gesetzes sein. (Beifall. Beif. h. d. Soz.)

Minister v. Dallwitz: Der Vorwurf des Abg. Cassel, daß das Ministerium an der Verschleppung der Eingemeindungsfrage schuld sei, ist vollständig unbegründet. Den einzelnen Gemeinden in den Zweiverbandsverhandlungen ein Kollektivvotum einzuräumen, ist außerordentlich bedenklich, da jede einzelne Gemeinde ihre Sonderinteressen in den Vordergrund stellen würde. Es würde ein Kampf aller gegen alle, gewissermaßen eine Organisation des kommunalen Partikularismus.

Minister der öffentlichen Arbeiten v. Bruns: Ich kann meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß der kommende Zweiverband zustande kommt, als erstes nächstes Ergebnis zwischen der Stadt Berlin und der Großen Berliner Straßenbahn einen Vergleich anzubahnen, den ich als Minister der öffentlichen Arbeiten seit Jahren gewünscht und begrüßt habe. Ich weiß, daß es sich in der Tat um einen Generalvergleich handelt, in dem auch die Erwerbsrechte miteinbezogen sind. Der Fiskus will nur immer das Gute, auch wenn es nicht immer erreicht. (Beifall links.) — Bruns (links: So, na!) Ich habe stets den Eindruck gehabt, daß die Große Berliner Straßenbahn nicht nur gut geleitet war, sondern auch für den Berliner Verkehr Gutes geleistet hat. Freundschaft ist die allgemeine Zustimmung aller Parteien zu dem Entwurf. (Beifall links.) Berlin steht vor allem die Entwicklung des Schnellbahnnetzes. Ich meine, wir wünschen alle ein einheitliches großes Verkehrsnetz. (Beifall.)

Abg. Freytag (Soz.): Wenn sich Berlin den Bürgermeistern nach der Richtung, statt nach der politischen Richtung gewählt hätte, dann wäre es besser in Berlin stehen. (Sehr richtig!) Erwägungswert wäre ein Zweiverband für die Volksschulunterhaltung für Grob- u. Neu-Gröbenbroich. (Abg. Cassel.) Sie sind mir aber noch eine Frage zu schulden! (Beifall links.) Bei der nächsten Gelegenheit, wir hatten bisher noch keine Gelegenheit. (Erneute Beifall.) Die Sonderstellung des Zweiverbandsleiters kann vorläufig werden für die spätere Provinz Berlin. (Beifall rechts.)

Abg. v. Kretschmer (Soz.) beantragt Verweisung der Vorlage an die Kommission, der auch der allgemeine Zweiverbandsgeheimvertrag überweisen ist.

Abg. Dittmer (Soz.): Die Vorlage entspricht unseren Intentionen. Das Prinzip heißen wir

chluss 5 Uhr.

Ein Unfall des Kronprinzen.

Die Reise des Kronprinzen.

☒ Sozialdemokratie und Shortvereine.

England.

England ruffet.

Aus dem Kreise Neuze

* Merk. 9. Februar

